

SCHWÄBISCHES TAGBLATT

Č N Hg M Nl Tbl

DIENSTAG, 25. MÄRZ 1947 VERLAG UND SCHRIFTFLEITUNG: TUBINGEN, UHLANDSTRASSE 2 3. JAHRGANG / NUMMER 24

Die vorläufige Neuordnung Deutschlands

Pressekonferenz bei Bidault / Beträchtliche Meinungsverschiedenheiten im Falle Oesterreich

(Sonderbericht von der Moskauer Konferenz)

MOSKAU. Zeitweise hatte man befürchtet, daß die Truman-Rede zu einer vorzeitigen Beendigung der Konferenz führen könnte. Das scheint jedoch nicht der Fall zu sein. Der allgemeine Eindruck herrscht vielmehr vor, daß trotz der großen Gegensätze positive Ergebnisse zu erwarten sind, positiv insofern, als die Beratungen zu einer Annäherung der verschiedenen Standpunkte beitragen können. Unverkennbar ist jedenfalls, daß, nachdem Molotow zu Kompromißlösungen bereit ist, wesentliche Fortschritte möglich sind.

Jeden Nachmittag verlassen die vier Delegationen ihre Botschaftsgebäude, in denen sie abgestiegen sind, um sich nach dem 4 km vom Kreml entfernten Fliegerklub zu begeben. Der Beratungssaal ist klein, fast unansehnlich. Am Beratungstisch sitzt Molotow stets gegenüber von Bidault, Bevin gegenüber von Marshall, Jaffer Außenminister ist von vier Sachverständigen und einem Dolmetscher begleitet. Die Sachverständigen beteiligen sich jedoch nicht an der Diskussion. Man hat den Eindruck, daß die Minister weniger für ihre Kollegen als zur Außenwelt sprechen.

Aus den von den verschiedenen Delegierten bisher abgegebenen Erklärungen kann geschlossen werden, daß man Deutschlands Zukunft entscheidend davon abhängig machen will, inwieweit es ihm gelingen wird, einen Teil des durch den Nationalsozialismus angerichteten Schadens wiedergutzumachen. Für die Konferenz wurden die entscheidenden Fragen so formuliert:

1. Wie soll das gigantische Ruinenfeld im Herzen Europas wieder einer geordneten Welt eingegliedert werden? 2. Durch wen oder nach welchem System soll Europa künftig regiert werden? 3. Wird es zwei verschiedene Daseinsformen in Europa geben?

Bidault befaßte sich in einer Pressekonferenz noch einmal mit den wesentlichen Punkten, die er bei den Beratungen vorgetragen hat. Frankreich gehe es um zwei Dinge: Um seinen wirtschaftlichen Wiederaufbau und um seine Sicherheit. Da die Kohle die Grundlage jeder Kriegsindustrie sei, dürfe man Deutschland über sie nicht frei verfügen lassen. Bidault wandte sich vor allem gegen den neuen Standpunkt Molotows in bezug auf die deutsche Stahlproduktion, 10 bis 12 Millionen Tonnen Stahl jährlich in Deutschland erzeugt, bedeuteten eine Gefahr für Frankreich.

Die Konferenz selbst befaßte sich am letzten Wochenende vor allem mit der vorläufigen Neuordnung Deutschlands für die Zeit, in der die Regierungsgewalt beim Kontrollrat liegt.

Nach Bevin's Meinung müssen die Befugnisse der Einzelstaaten und der Zentralregierung klar getrennt werden. Die Zentralregierung soll Vollmachten besitzen, die die politische, wirtschaftliche und finanzielle Einheit auf folgenden Gebieten sichern: Auswärtige Angelegenheiten, Nationalitätsfragen, Grundprinzipien des Rechts, Außenhandel, Post, Währung, öffentliche Schuld, Steuern usw.

Die Zentralregierung solle aus zwei Kammern bestehen, deren eine durch das Volk gewählt werde, während die andere die Länder vertrete.

Bevin stellt sich die praktische Verwirklichung so vor: Schaffung von zentralen Verwaltungsbehörden; Schaffung einer vorläufigen

gen Verfassung unter Mitwirkung des ganzen deutschen Volkes; Bildung einer vorläufigen Regierung; eine Zwischenzeit zum Sammeln von Erfahrungen, die zu Verbesserungen der provisorischen Verfassung führen könnten. Schließlich neue Wahlen und eine neue Regierung.

Für folgende Maßnahmen sollte der Alliierte Kontrollrat auch weiterhin zuständig bleiben: Entmilitarisierung, Entnazifizierung, Auflösung der Kartelle, Sicherheit, Reparationen und Rückerstattungen, Kriegsgefangene und Verschleppte, Kriegsverbrecher, Immunität der Besatzungstruppen und -behörden und Beziehungen zum Ausland.

Marshall sagte: „Der Augenblick ist gekommen, da man Deutschland eine provisorische Regierung geben muß. Zwei Vorbedingungen drängen sich aber auf:

1. Die tatsächliche Verwirklichung der Wirtschaftseinheit und ihre praktische Anwendung in den vier Zonen.

2. Wirksame Schutzgarantien für die Grundfreiheiten in allen Teilen Deutschlands.

Marshall hält drei Etappen für notwendig: Die Bildung eines zentralen Regierungskollektivs, zusammengesetzt aus den Ministerpräsidenten der Länder, ausgerüstet mit den notwendigen Vollmachten zur Einrichtung zentraler Verwaltungsbehörden. Vorausgehen müsse die Schaffung einer demokratischen Verfassung und die Einsetzung repräsentativer Regierungen in allen deutschen Ländern. Als zweite Etappe solle eine Verfassung für ganz Deutschland geschaffen werden, die die Befugnisse der Zentralregierung auf nationale Angelegenheiten und Maßnahmen beschränke. Schließlich könne die Zentralregierung auf der

Basis dieser Verfassung ihre Arbeit fortführen. Wie aus dem Inhalt der Reden Bevin's und Marshall's hervorgeht, beschränken sich die Minister nicht auf die Darlegung der vorläufigen Neuordnung, sondern gaben bereits ihren Standpunkt über eine endgültige verfassungsmäßige Ordnung Deutschlands wieder.

Die Oesterreichdebatte wurde in der Hauptsache durch den amerikanischen Delegierten Clark ausgefüllt, der sich darauf beschränkte, die nicht unbeträchtliche Zahl von Meinungsverschiedenheiten aufzuführen, die im Falle Oesterreich unter den Alliierten bestehen.

Man ist sich nicht einig, wer den Vertrag unterzeichnen soll; ob der Vertrag die Verantwortung Oesterreichs für seine Teilnahme am deutschen Angriff oder für die Folgen des Angriffs feststellen werde; soll eine politische Klausel die Unabhängigkeit Oesterreichs von den Alliierten garantieren, eine weitere den Anschluß an Deutschland untersagen? Soll eine Bestimmung, die pangermanistische Propaganda verbietet, aufgenommen werden? Wird man die Ansprüche Jugoslawiens auf Südkärnten und Steiermark unterstützen? Soll man die Einbürgerung von allen Deutschen ohne Ausnahme verbieten oder nur bestimmte Gruppen ausschließen?

Hinzu kommen eine Reihe von rein militärischen Klauseln, über die gleichfalls noch keine Einigung erzielt werden konnte.

Nachdem der Außenministerrat einstimmig beschlossen hatte, den österreichischen Außenminister Gruber nach Moskau einzuladen, um ihm Gelegenheit zu geben, seine Ansicht über den Friedensvertrag mit Oesterreich darzulegen, ist eine diplomatische Delegation von Wien abgereist.

Regierungskrise in Frankreich?

Beunruhigung in Moskau — Kommuniqué der kommunistischen Partei

K — PARIS. Die Lage in Indochina hat durch die Haltung der französischen Kommunisten in Frankreich eine Regierungskrise heraufbeschworen, da diese, obgleich sie im Kabinett Ramadier durch einige Minister vertreten sind, sich nicht entschließen konnten, diesem Kabinett ihr Vertrauen auszusprechen. Der kommunistische Vizepräsident der Kammer, Duclos, erklärte, daß die Regierung es als höchstes Zugeständnis betrachten müsse, wenn seine Partei nicht gegen die Bewilligung der Kredite für Indochina stimme, sondern sich der Stimme enthalte. Dagegen lehnten sich Ministerpräsident Ramadier und alle Kammerparteien auf. Sollten die Kommunisten in ihrer Haltung verharren, so würde Ramadier die Demission des Gesamtkabinetts dem Präsidenten der Republik überreichen. Ramadier steht auf dem Standpunkt, es sei unzulässig, daß eine Partei Minister in einer Regierung habe und sich dennoch nicht entschließen könne, dieser Regierung ihr Vertrauen auszusprechen. Man könne nicht gleichzeitig in einer Regierung sitzen und gegen diese Regierung eine oppositionelle Stellung beziehen.

Inzwischen hat die französische Nationalversammlung mit 411 von 411 abgegebenen Stimmen der Regierung anlässlich der Bewilligung der Militärkredite für Indochina ihr Vertrauen ausgesprochen. Die kommunistische Fraktion mit Ausnahme der Minister enthielt sich der Stimme.

Die Möglichkeit einer Regierungskrise in Paris wurde auch in Moskau ausführlich besprochen. Außenminister Bidault hat erklärt, daß er im Falle des Rücktritts der Regierung unverzüglich nach Paris zurückkehren werde. Er werde dann seinen Mitarbeiter Couve de Murville als Vertreter Frankreichs in Moskau zurücklassen.

Die Amerikaner zeigten sich wegen der Möglichkeit einer Abreise Bidaults besorgt. Sie sind der Ansicht, daß gerade in dem Augen-

blick, in dem General Marshall konkrete Vorschläge machen will, ein bloßer Beamter des Quay d'Orsay, auch wenn er im Range noch so hoch stehe, nicht imstande sei, mit der gleichen Autorität Beschlüsse zu fassen wie der Minister für auswärtige Angelegenheiten.

Die französische Presse sieht kaum eine Möglichkeit für das Weiterbestehen der gegenwärtigen Regierung. Es wird u. a. die Meinung vertreten, daß Ramadier nach der Demission seines Kabinetts erneut mit der Regierungsbildung zu beauftragt sei und schnellstens die durch das Ausscheiden der kommunistischen Minister entstandenen Lücken ausfüllen sollte. Die kommunistische Presse verteidigt die Haltung ihrer Partei, die Regierungskrise sei nicht von den Kommunisten, sondern von denjenigen ausgelöst worden, die eine gegen die Interessen Frankreichs gerichtete Politik betrieben und die Vereinbarungen nicht einhielten, die die Grundlage der gegenwärtigen Regierung bildeten.

Um ein Auseinanderbrechen der Regierungskoalition zu verhindern, empfing der Präsident der Republik nacheinander die verschiedenen Parteiführer und beriet mit ihnen über die Möglichkeit eines Kompromisses.

Am 22. März veröffentlichte das Politische Büro der kommunistischen Partei folgendes Kommuniqué: „Das Zentralkomitee ist der Auffassung, daß es ihm nicht möglich sei, die Militärkredite für die Fortsetzung des Krieges gegen Vietnam zu bewilligen. Da das Politische Büro jedoch der Ansicht ist, daß durch die Stimmenthaltung der kommunistischen Fraktion, die auf Grund einer Anweisung des Zentralkomitees der Partei erfolgt ist, andere Aspekte der allgemeinen Regierungspolitik nicht berührt werden, stellt das Politische Büro fest, daß für die kommunistischen Minister kein Anlaß vorliegt, die Regierungssolidarität zu brechen.“

Das griechisch-türkische Problem

WASHINGTON. Vor der außenpolitischen Kommission des amerikanischen Repräsentantenhauses erklärte der interimistische Staatssekretär Dean Acheson: „Die Regierung der USA. prüft zurzeit aufs ernste die Möglichkeit, das griechische und das türkische Problem den Vereinten Nationen anzuvertrauen, sobald die Lage in diesen Ländern nicht mehr die derzeitige Dringlichkeit aufweise.“ Er betonte jedoch: „Es gibt keinerlei Möglichkeit, die Verantwortung für diese Hilfe auf andere Nationen abzuladen.“

Acheson versicherte, die amerikanische Regierung habe nicht die Absicht, Truppen nach Griechenland und in die Türkei zu entsenden. Die im Gesetzentwurf erwähnte „militärische Hilfe“ bedeute nichts anderes als die „Versorgung der griechischen Armee mit militärischen Ausrüstungsgegenständen“. Diese Lieferungen würden aus Bekleidung, Fahrzeugen und Benzin bestehen. Das nach Griechenland zu entsendende militärische Personal habe lediglich die Verteilung dieses Materials zu überwachen. Die USA. beabsichtigen keineswegs, das Pre-

stige der Vereinten Nationen zu unterminieren. Die Fälle Griechenland und Türkei seien jedoch so außergewöhnlich dringend, daß der Zusammenbruch der Wirtschaft dieser Länder nicht verhindert werden könne, wenn man diese Fragen erst dem Verfahren der UN. aussetzen würde. Die amerikanische Regierung beabsichtige nicht, in Griechenland neue Wahlen zu veranlassen.

Strenge Klauseln

WASHINGTON. Dem vom Repräsentantenhaus in der vergangenen Woche genehmigten Gesetzentwurf, der einen 350-Millionen-Dollarkredit zur Hilfeleistung für die befreiten Länder genehmigte, wurden einige strenge Klauseln eingefügt. Die Hilfeleistung der USA. soll sofort eingestellt werden, wenn ein Land folgende Bedingungen nicht einhält:

1. Zutellung ohne Unterschied der Rasse, der Religion und der politischen Einstellung.
2. Vollige Freiheit für Pressekorrespondenten und Rundfunkreporter.
3. Laufende Veröffentlichung der Herkunft, der Bestimmung und des Umfangs der Hilfeleistung.

Christliche Verfassung

Von Dr. Niehammer (CDU.)

Die CDU stellt sich zu der Verfassung so ein, daß sie, vom gegenwärtigen Zustand Deutschlands ausgehend, die Ursachen dieses Zustands zu erkennen sucht und sich in der Erkenntnis der Ursachen bemüht, durch den Inhalt der Verfassung dem Eintritt gleicher Wirkungen durch gleiche Ursachen, soweit dies in menschlichem Vermögen steht, vorzubeugen. Sie erblickt jene Ursachen in der seit langer Zeit allgemein vorgeprägten Dummheit, Zersetzung und Ehrfurchtslosigkeit. Insofern sind die Gedanken der CDU, allerdings konservativ und auf Autorität gerichtet. Die CDU will erreichen, daß die staatliche Form der Volksgemeinschaft standhaft und vor zerstörenden Angriffen gesichert sei, daß ferner jeder, dem die Sorge für andere anvertraut ist, seine Aufgabe in Ansehen und Würde, vom Gewissen gebunden, aber frei schöpferisch, erfüllen könne. Sie will also die Autorität der Eltern gegenüber den Kindern, der Lehrer gegenüber den Schülern, der Obrigkeit gegenüber den Staatsangehörigen, der Betriebsführer gegenüber der Gefolgschaft wiederherstellen und sichern. Vor allem will sie dazu beitragen, daß die höchste Autorität, die Gott gebührt, wieder als unantastbar und in allen Fragen und Kämpfen des menschlichen Lebens verbindlich geachtet werde. Demut vor Gott, Gehorsam gegen Gott, der den Menschen seinen Willen in Christus offenbart hat, und Vertrauen auf Gott sollen wieder gelten und Volk und Staat leiten.

Diese Gedanken der CDU, durchdringen den Vorspruch und den gesamten Inhalt der Verfassung, auch die Abschnitte, die von dem Wesen und der Aufgabe des Staates, von der Staatsgewalt und vom Verhältnis der staatlichen Gewalten zueinander, vom Wirtschafts- und Gemeinschaftsleben, sowie von der Erziehung und dem Unterricht handeln.

Die ewigen Menschenrechte, die droben hängen unverwundlich und unerblich, wie die Sterne selbst, Leben und Gesundheit, Freiheit, Hausfrieden und Ehre, Arbeitskraft und Eigentum bestimmen das Zusammenleben der Menschen und finden in ihm ihre Grenzen. Der Staat muß diese allgemeinen Menschenrechte achten. Ein Eingriff in ein solches Recht findet nur auf Grund eines Gesetzes statt.

Der Staat faßt die auf seinem Gebiet lebenden Menschen zu einem geordneten Gemeinwesen zusammen. Durch Gesetze und Verwaltungsanordnungen schützt und fördert er sie. Gerechter Ausgleich ist das Ziel seines Wirkens.

Gott, „der Brunnquell aller Gaben, ohn' den nichts ist, was ist, von dem wir alles haben“, ist der Schöpfer der Staatsgewalt. Er hat es den Menschen aufgegeben, ihr Gemeinschaftsleben in einer staatlichen Form zu ordnen. Also ist in einem freien Volksstaat das Volk „der Träger der Staatsgewalt“. Das Volk übt die Staatsgewalt aus, indem es seinem Willen durch Abstimmung oder Wahl äußert und so diejenigen einsetzt, denen es obliegt, die staatlichen Geschäfte zu besorgen oder andere damit zu betrauen. So entstehen, vom Willen des Volkes unmittelbar oder mittelbar berufen, der Landtag, die Regierung, die Gerichte und andere staatliche Behörden.

Die Staatsgewalt tritt in drei Gestalten auf, in der gesetzgebenden, in der vollziehenden und in der richterlichen Gewalt. Diese drei Gewalten müssen voneinander geschieden und in ein Verhältnis zueinander gebracht werden, das keine der anderen unterwirft. Die Ereignisse in Deutschland vom Jahr 1919 ab haben mit grausamer Deutlichkeit gezeigt, welche Folgen sich ergeben, wenn die vollziehende Gewalt von der gesetzgebenden Gewalt abhängig gemacht wird und wenn schließlich alle drei Gewalten in einer Hand vereinigt werden. Die Abhängigkeit der Regierung von der Volksvertretung zieht eine dauernde Schwäche der ersteren nach sich. Aus Furcht, zurücktreten zu müssen, weil die Volksvertretung ihr das Vertrauen entzieht, kann die Regierung nicht so handeln, wie sie nach ihrer Einsicht und ihrem Gewissen zum Wohl des Volkes handeln müßte.

Im Deutschen Reich haben vom Mai 1919 bis Januar 1933 zwanzig Kabinete regiert. Die Regierungszeit der Kabinete hat im Durchschnitt 8 Monate gedauert. Als Gegenstück zur schrankenlosen Macht des Parlaments, die Parteibürokratie mischte sich in alle Angelegenheiten des Gemeinschaftslebens ein. Als die wirtschaftliche Not und mit ihr weitgreifende Unzufriedenheit immer stärker anwuchsen, strömten große Wählermassen den vielversprechenden, unbesonnenen und aufrührerischen Parteien zu. Durch die Listen- und Verhältniswahlen drangen die Vertreter dieser Parteien in den Reichstag ein. Die gesetzgebende Körperschaft wurde arbeitsunfähig. Der Reichspräsident suchte durch Notverordnungen abzuwehren. Zu einem kraftvollen Einschreiten war die schwache Regierung unfähig. So vollzog sich in den Jahren 1932 und 1933 das Verhängnis. Die Herrschaft der Straße veränderte sich in die Gewaltherrschaft eines Einzelnen, der sich hinter dem Vorwand decken konnte, daß er „auf legalem Weg“ zur Macht gelangt sei.

Angesichts der Wirkung des im Art. 54 der Weimarer Verfassung festgesetzten „parlamentarischen Systems“ muß gewissenhafte Er-

Kleine Weltchronik

Der französische Militärgouverneur für Deutschland General Koenig ist in Moskau eingetroffen.

In der 8. ordentlichen Sitzung des Kontrollrats in Berlin wurde mit dem Gesetz Nr. 49 die Aufhebung des deutschen Gesetzes vom 14. Juli 1933 „Über die Verfassung der deutschen evangelischen Kirche“ unterzeichnet. Das Gesetz Nr. 50 legt Strafmäßig für die Entwendung und ungesetzliche Benutzung rationierter Produkte, Waren und der entsprechenden Bezugsausweise fest.

Das Berliner Stadtparlament hat einen Antrag der SED, einstimmig angenommen, der den Magistrat beauftragt, ein Telegramm an die Moskauer Konferenz zu senden, in dem um die Einstellung der Demonstration in Berlin gebeten wird.

Der republikanische Präsidentschaftskandidat der USA., Harold Stassen, ist in Berlin eingetroffen.

Der Leiter der Wirtschaftsabteilung bei der amerikanischen Militärregierung gab bekannt, daß die Eisen- und Stahllieferungen der anglo-amerikanischen Besatzungszonen nach der Sowjetzone vorläufig eingestellt wurden.

Zwischen der Tschechoslowakei und Oesterreich sind die diplomatischen Beziehungen wieder aufgenommen worden.

In Rom wurde das französisch-italienische Abkommen über die Beschäftigung italienischer Arbeiter in Frankreich unterzeichnet, das für das Jahr 1947 die Einreise von 200 000 italienischen Arbeitern nach Frankreich vorsieht.

Der oben unterzeichnete Handelsvertrag zwischen Japan und den Philippinen ist der erste Handelsvertrag, der zwischen Japan und einem anderen Land seit dem Kriege geschlossen wurde.

Am 1. April werden die Briten den militärischen Oberbefehl über den Dodekanes an die griechische Regierung übergeben.

Der Schweizer Nationalrat wandte sich mit einer Resolution an den Bundesrat, in der der Beitritt der Schweiz zur UN. empfohlen wird.

Der rumänische Ministerpräsident hat Marshall Stalin zum Ehrenbürger von Rumänien ernannt.

Unsere Wirtschaftssorgen

Tagung des Landeswirtschaftsrates in Bebenhausen

wägung sich entschlossen und vollkommen von ihm abwenden. Der einmütige Rat, den anerkannte Staatsrechtslehrer schon früher und wiederum aus Anlaß der Neuordnung der staatlichen Formen der deutschen Länder erteilt haben, geht in derselben Richtung. Die Verfassung des Landes Bayern macht die Regierung nicht vom Vertrauen des Landtags abhängig.

Die CDU will das Verhältnis des Landtags zur Regierung so gestalten, wie die Erfahrungen der Vergangenheit es gebieten, die Rechtslehre es anrät und Bayern es bestimmt hat. Sie stellt dem auf vier Jahre gewählten Landtag einen Staatspräsidenten gegenüber, der gleichzeitig vom Volk auf die gleiche Dauer gewählt wird und mit den von ihm berufenen Ministern als Ministerpräsident die Regierung bildet. Für Fälle, in denen die Zusammenarbeit des Landtags mit der Regierung eine ernste Störung erleiden sollte, ist zuverlässige Vorkehrung getroffen. Landtag und Staatspräsident können eine Willenserklärung abgeben, die — gleichviel, wer sie abgibt — dazu führt, daß beide ihre Vollmacht dem Volk, das sie gewählt hat, zurückreichen, worauf alsbald eine Neuwahl des Landtags und des Staatspräsidenten durch das Volk stattfindet. Auch kann der Staatspräsident jederzeit zurücktreten. Schließlich ist der Landtag ermächtigt, die Absetzung des Staatspräsidenten durch Volksabstimmung zu beantragen.

Die CDU hält darauf, daß der Abschnitt Wirtschafts- und Gemeinschaftsleben insbesondere folgende Pflichten des Staates vorschreibt: Der Staat sichert die wirtschaftliche Lage der Staatsangehörigen, deren körperliche Unversehrtheit der Krieg geschädigt hat. Er fördert die Landwirtschaft als Grundlage der Volksernährung und schützt sie tunlichst vor Überschuldung. Er sieht Entzerrungen von landwirtschaftlichem und forstwirtschaftlichem Boden nur für dringende Zwecke des Gemeinwohls, insbesondere der Siedlung, gegen angemessene Entschädigung und unter Schonung von Mustergütern vor. Er gewährt dem gewerblichen und kaufmännischen Mittelstand Hilfe und Schutz vor Aufsaugung. Er räumt den Arbeitern und Angestellten eine Teilnahme an der Verwaltung, Gestaltung und Entwicklung des Betriebes ein, doch so, daß der auf Fortschritt gerichtete freie Entschluß der Unternehmer der Klein- und Mittelbetriebe nicht gehemmt wird. Er anerkennt das Streikrecht der Arbeitnehmer und weist die Entscheidung über den Streik der Gewerkschaftsleitung zu, von der er erwartet, daß sie das Gemeinwohl berücksichtigt und alle Verständigungsmittel erschöpft, bevor sie den Streik beschließt. Er läßt den Zusammenschluß von Unternehmungen nicht zu, wenn sein Zweck sich dahin richtet, ein Monopol zu bilden, die Bevölkerung auszubeuten oder den selbständigen, gewerblichen oder kaufmännischen Mittelstand zu vernichten.

Die Vorschriften des Abschnitts Erziehung und Unterricht ruhen auf zwei Grundsätzen. Der Wille der Erziehungsberechtigten wird im gesamten Schulwesen soweit berücksichtigt, als dies mit der Aufgabe der Erziehung und mit einem geordneten Schulbetrieb vereinbar ist. Der Staat beaufsichtigt das gesamte Schulwesen durch hauptamtlich tätige, fachmännisch vorgebildete Beamte.

Die öffentlichen Volksschulen sind christliche Schulen. Christlicher Glaube und christliche Gesinnung tragen den gesamten Unterricht. An den öffentlichen Volksschulen werden grundsätzlich nur Lehrer angestellt, die in Lehrerbildungsanstalten ihres Bekenntnisses ausgebildet sind. Die öffentlichen Volksschulen sind also nicht Bekenntnisschulen in dem Sinne, daß die evangelische Schule nur evangelische, die katholische nur katholische Kinder zum Unterricht aufnehme. Vielmehr stehen die Volksschulen, an denen Lehrer des Bekenntnisses der Mehrheit unterrichten, auch den Kindern offen, die eine Minderheit des anderen Bekenntnisses bilden. Die Bedürfnisse der Minderheit werden auf Antrag der Erziehungsberechtigten angemessen berücksichtigt. In jedem Fall gibt nur die Treue, mit der die Lehrer sich zu ihrem Glauben bekennen, die Gewähr dafür, daß der von ihnen erteilte Unterricht den Anforderungen echter und starker Christlichkeit genüge.

Neben den öffentlichen Volksschulen, die nur christliche Schulen sein können, bestehen private Volksschulen. Sie sind christliche oder weltliche Schulen. Der Staat stellt öffentliche Mittel für die privaten Volksschulen so zur Verfügung, daß die Schüler dieser Schulen ebenso wie diejenigen der öffentlichen Volksschulen unentgeltlich unterrichtet und mit den erforderlichen Lernmitteln versehen werden können.

Die Vorgänge im Verfassungsausschuß

Eine Erklärung der CDU.

Der Verfassungsausschuß der Beratenden Landesversammlung hat am 19. Dezember 1946 einstimmig dem Antrag der CDU zugestimmt, den Abg. Bock mit der Ausarbeitung eines Verfassungsentwurfes zu beauftragen. Dessen Auftrag hat der Abg. Bock sofort in Angriff genommen und unter Zurückziehung des Abg. Dr. Niehammer und nach der sachlichen gebotenen Rücksprache mit seiner Fraktion und sachverständigen Kreisen in der kürzesten Frist fertiggestellt, die verantwortungsbewußte Arbeit an einem solchen Werk überhaupt zuläßt. Trotz des mit den Stimmen der SPD gefaßten einstimmigen Beschlusses glaubte die SPD, einen demonstrativen Antrag auf Übernahme der Verfassung von Nordwürttemberg in die Presse anderer Länder und unseres Landes leiten zu sollen, bevor überhaupt der Entwurf des Abg. Bock vorliegt und geprüft werden konnte.

Bevor der Verfassungsausschuß am 17. März 1947 an die Beratung des vorliegenden Entwurfs ging und die Begründung des Verfassers überhaupt angeht wurde, hielt es die SPD für zweckmäßig, in einer Erklärung ihre Mitarbeit zu versagen. Diese Erklärung hat die SPD, der Presse übergeben. Die Pressemitteilung am 18. März verkündete darüber hinaus, daß die SPD und KPD, aus dem Verfassungsausschuß ausgetreten seien. Diese Mitteilung war falsch, da die SPD, aus weiter an den Beratungen teilnahm. Die SPD stellte eine Berichtigung der „eigentlichen Pressemitteilung“ in Aussicht. Erst am 18. März, nachmittags 14.49 Uhr, verließ die SPD zusammen mit der KPD, unter dem Vorwand, daß sie bei der Frage der Eigenartigkeit von Eigentum der nordwürttembergischen Formulierung den Vorrang gebe, den Verfassungsausschuß. Irigend ein Versuch, sich über wesentliche Punkte des Entwurfs mit der Mehrheit zu ver-

Am vergangenen Donnerstag eröffnete Präsident Kern unter Anwesenheit hoher Gäste der französischen Militärregierung — Colonel Jeannel vom Gouvernement Regional und M. Le Page, Contrôleur des Außenhandelsamtes — und Mitgliedern unserer Regierung, Staatsrat Prof. Dr. Karl Schmid, Staatssekretär Wildermuth und anderen eine Tagung des Landeswirtschaftsrates von außerordentlich großer Bedeutung. Nach Beschlüßfassung über die Geschäftsordnung des Landeswirtschaftsrates, die in der vorgeschlagenen Form angenommen wurde, trug Staatssekretär Wildermuth ein umfassendes Referat über die Wirtschaftslage in unserer Zone vor. Er betonte in ihm, daß Südwürttemberg ohne Austausch von Gütern und Produkten mit den übrigen Wirtschaftsgebieten nicht existieren könne. Bedauerlicherweise seien zurzeit noch keine genauen Unterlagen über die Produktionsfähigkeit von Industrie und Handwerk zu beschaffen, doch reichten die schon jetzt zugänglichen Informationen und Übersichten aus, ein einigermaßen zutreffendes Bild zu entwerfen.

Dieses Bild ist überaus bedrückend. Auf dem Gebiete der menschlichen Arbeitskraft haben nach den Darlegungen des Redners Kriegsverluste einen Ausfall von rund 30 Prozent der arbeitsfähigen männlichen Bevölkerung geschaffen. In den Kreisen Tübingen, Reutlingen und Münsingen fehlten gar 44 Prozent der Arbeiter. Berücksichtigt man aber die Tatsache, daß die heute noch im Arbeitsprozeß stehenden durch mangelnde Ernährung und Heizung, durch ungenügende Bekleidung und Wohnraumverhältnisse in ihrer Leistungsfähigkeit beeinträchtigt seien, so ergäbe sich insgesamt eine Produktionskraftverminderung bis auf ein Drittel, ja ein Viertel der Vorkriegsleistung.

Der Staatssekretär erörterte dann das Problem des Mangels an Produktionsmitteln. Die Maschinenentnahmen im Mai des vergangenen Jahres hätten bereits die Produktionskraft unserer Wirtschaft nachhaltig erschüttert, nun stehe aber bekanntlich das Land vor neuen Eingriffen in den ihm noch verbliebenen Maschinenbestand. Für Reparationszwecke würden von den drei Landesteilen Südwürttemberg, Baden, Rheinland-Pfalz je 4000 Werkzeugmaschinen beansprucht. In Baden sei es gelungen, die Anzahl der abzuliefernden Maschinen auf 3000 zu ermäßigen. Eine neue Maschinenentnahme müsse die Existenz der südwürttembergischen Wirtschaft, so erklärte Staatssekretär Wildermuth, tödlich treffen.

Ganz bedeutende Engpässe unserer heutigen Wirtschaft seien, so fuhr der Redner fort, Verkehr und Rohstoffversorgung. Lokomotivmangel und Wagenmangel und schlechter Zustand des Oberbaus erlaubten nicht einmal die Bewältigung der Verkehrsprobleme, die unsere sehr beschränkte Wirtschaft aufwerfe. Auch hier mache sich die Zo-

nenengrenze wieder besonders hemmend bemerkbar, denn unser Verkehrsnetz sei nach Stuttgart orientiert. Was die Rohstoffe betreffe, so seien die freien Vorräte nun ganz oder nahezu erschöpft. Es spräche nichts dafür, daß in absehbarer Zeit mit neuen Rohstofflieferungen gerechnet werden könne. Das Problem Kohle zeige sich als drohende Gefahr insofern, als die versprochene Kohlenzufuhr völlig unzureichend gewesen und bis zu 30 Prozent unter der Zusage geblieben sei. Braunkohle hätte unserer Zone überhaupt nicht zur Verfügung gestellt werden können.

Besonders eingehende Darlegungen widmete der Redner dann dem Fragenkomplex Preise — Löhne — Währungsanpassung. Zwar hätte der Preisstop vom Jahre 1938 noch aufrechterhalten werden können, es sei aber längst offenbar, daß die Relation Preise-Löhne nur noch fiktiven Charakter habe. Einerseits bestehe für die gewerbliche Wirtschaft bei stark dezimiertem Ausstoß in den meisten Fällen nicht mehr die Möglichkeit, auch nur die Kosten zu decken. Andererseits hätten Preissteigerungen gewisser lebensnotwendiger Güter und Kurzarbeit zur Folge, daß die meisten Arbeiter nicht einmal mehr die Kosten ihres reduzierten Lebensunterhalts bestreiten könnten. Eine Neuordnung dieser Dinge müsse bei Durchführung der Währungsreform geschaffen werden; diese aber sei wieder abhängig von ausländischen Rohstoffen und allgemeiner Produktionsbelohnung, denn Vertrauen in eine neue Währung sei nur dann denkbar, wenn für das neue Geld auch etwas gekauft werden könne.

Zusammfassend schloß Staatssekretär Wildermuth sein Referat mit der Feststellung, daß der Zustand der südwürttembergischen Wirtschaft besorgniserregend sei. Die Produktionsmittel seien jetzt schon unzureichend und sollten noch weiter vermindert werden. Die Roh- und Hilfsstoffe seien aufgezehrt, es fehle empfindlich an Arbeitskräften und Nachwuchs, an durchgebildeten Facharbeitern, kurz: an allem. Die Militärregierung habe aufgefodert, einen neuen Produktionsplan auszuarbeiten und auf seiner Grundlage Wirtschaftsverhandlungen zu führen. Nach ihm sollten der gewerblichen Wirtschaft Rohstoffe in Form von Globalkontingenten zur Verfügung gestellt werden, wobei nicht an eine Lösung auf bürokratischem Wege gedacht sei. Hier habe die Selbstverwaltung der Wirtschaft einzusetzen; insbesondere die Industrie- und Handelskammern und die Handwerkskammern seien die berufenen Einrichtungen hierzu. Eine Wiedergesundung unserer Wirtschaft sei aber nicht denkbar ohne Währungsreform, ohne Neuordnung des Preisgefüges und ohne eine neue Lohnpolitik. Bei der Arbeiterschaft seien alle Reserven erschöpft und ein gerechter Lastenausgleich zwischen Besitzenden und Geschädigten sei Voraussetzung für eine wirksame

Landesbischof D. Wurm in Bebenhausen

BEBENHAUSEN. Auf Einladung der evangelischen Abgeordneten der Parteien kam am 17. März Herr Landesbischof D. Wurm nach Bebenhausen, um bei dieser Gelegenheit als Leiter der Evang. Landeskirche von Württemberg seine Gedanken über die Kirche und Staat gemeinsam behandelnde Probleme zu entwickeln. Trotz der Gefahr, parteipolitisch mißdeutet zu werden, hat ja eine lebendige Kirche die innere Verpflichtung, ein Wort zu den jeweiligen Lebensfragen zu sagen.

Die Evang. Kirche, so führte Landesbischof D. Wurm aus, bejabe den Staat als soziale Demokratie auf christlicher Grundlage. Es sei der ernste Wille der Kirche, dazu mitzuhelfen, daß unser Volk sich von seinem Sturz in die Tiefe erhole. Damit stehe man vor der großen, umfassenden Aufgabe der Erziehung, bei der es sich um zwei Hauptpunkte handle, zunächst um die Wiedergewinnung der sittlichen Haltung und dann um die Weckung des Verständnisses für den anderen Volksgenossen; beides könne nur von metaphysischen Hintergrund her gelingen. Darum müsse die Kirche im neuen Staat eine christliche Schule und christliche Unterweisung anstreben, die sich nicht bloß im Religionsunterricht, sondern auch in den anderen Fächern auswirken müsse.

In allen Gemeinden mit überwiegend einheitlichem Bekenntnisstand dürften die Eltern erwarten, daß die Lehrer ihrem Bekenntnis angehören. In konfessionell gemischten Gemeinden müsse auch die Minderheit im Lehrkörper vertreten sein. Eine verantwortliche Heranziehung der Elternschaft bei der Besetzung der Lehrstellen sei anzustreben. Der Religionsunterricht müsse ordentliches Lehrfach sein und von Lehrkräften gegeben werden, die den Auftrag dazu von der Kirche erhalten.

Ganz besonderer Wert sei auf die Lehrerausbildung zu legen, die mindestens in den ersten 4 Jahren konfessionell getrennt durchzuführen sei. Bei der sich anschließenden angeregten Aussprache wurde von allen Seiten Stellung genommen. Zu den gegensätzlichen Meinungen, besonders über Konfessions- oder Gemeinschaftsschule, die dabei zutage traten, erklärte Landesbischof D. Wurm in seinem Schlußwort, daß es sich bei den hier vorliegenden Meinungsverschiedenheiten nicht so sehr um Gegensätze in der Sache, sondern mehr um Verschiedenheiten im Formalen handle. Er gab der Hoffnung Ausdruck, daß eine Form gefunden werden könnte, in der die Anliegen aller Parteien gleichmäßig gewahrt würden.

Pauschale Verfassungswahl?

Wir geben einem unserer Mitarbeiter hier die Möglichkeit, in der Verfassungsfrage der Öffentlichkeit einen Vorschlag zur Diskussion zu unterbreiten, dem wir höchste Wichtigkeit beimessen.

1. In revolutionären Krisenzeiten darf einem Volke die Verfassung nicht unter Zeitdruck in einer einzigen pauschalen Ja- oder Nein-Abstimmung abgefragt werden!
2. Wenn dies trotzdem geschieht, liegt eine Überempfehlung der Wähler vor, die den wahren Volkswillen verzeichnet, und zugleich eine Scheinlösung, welche die Probleme nicht löst, sondern unhaltbar aufschübt!

Die Begründung dieser Thesen beruht auf folgender Erwägung: In den modernen Verfassungen überschneiden sich vor allem drei Fragenkreise, bei deren Lösung von grundverschiedenen Anschauungen ausgegangen wird; diese Kreise sind:

- a) Formalpolitische Organisation der Regierungsform und der Regierungsorgane; Ihre Formung wird

bestimmt durch die Grundeinstellung zur Demokratie. Entscheidend ist hier die von der politischen Erfahrung gespeiste praktische Vernunft. Die Spannungspole heißen: die autoritäre Scheindemokratie — die parlamentarisch gebundene Volkdemokratie.

- b) Die Abgrenzung des Verhältnisses von Staat und Kirche, insbesondere in der Schulfrage; Entscheidend ist die Glaubenshaltung der verschiedenen Weltanschauungsgruppen.
- c) Die Neuordnung der Wirtschaft; Hier liegen die Interessen der Stände und Klassen im Konflikt. Infolge unseres Zusammenbruches sind hier vor allem Bodenreform und Sozialisierung mit heiß umstrittenen revolutionären Forderungen beladen.

Formalpolitische, weltanschauliche und wirtschaftliche Grundfragen sind also in der Verfassung miteinander verknüpft.

Die große Gefahr besteht daher darin, daß der pauschale Wahlakt zu einem undurchsichtigen Kopplungsgeschäft wird, das viele Wähler schwer verwirren oder vor große Gewissenskonflikte stellen muß. Die Leidenschaft, mit welcher z. B. der Schulkampf geführt wird, läßt befürchten, daß diese im Blickfang stehende weltanschauliche Frage das Nachdenken über die Regierungsform und die Wirtschaftsordnung überdecken wird. Ja es mag sogar dahin kommen, daß diktatorische Regierungs- und kapitalistische Wirtschaftsformen von vielen Wählern weder Willen in Kauf genommen werden, weil sie glauben, einer bestimmten weltanschaulich betonten Lösung der Schulfrage aus Gewissensgründen zustimmen zu müssen. Ihnen bliebe der Gewissenskonflikt, allen aber die Verschleierung des Volkswillens dann erspart, wenn man die umstrittenen Hauptartikel voneinander getrennt zur Vorentscheidung stellen würde!

1. Die umstrittenen Hauptartikel sind in kurzen Fragen zur Vorabstimmung zu stellen.
2. Der endgültige Entwurf ist auf Grund dieser Vorentscheidung zu formulieren und dann zur pauschalen Schlußentscheidung zu bringen.

Dann wird unsere Verfassung auch eine überzeugende und verpflichtende Mehrheit finden und nicht vom Zufall überhitzter Wahlbegehren und verschleierter Wahlparolen abhängen.

Vorschlag zur Formulierung der einzelnen zu entscheidenden Vorfragen:

1. Soll Südwürttemberg ein selbständiger Staat oder ein Bundesglied der deutschen Republik sein?
2. Soll neben dem Landtag noch ein Staatsrat bzw. eine zweite Kammer bestehen oder nicht?
3. Soll die Regierung des Vertrauens des Landtags bedürfen oder nicht?
4. Soll der Ministerpräsident zugleich auch Staatspräsident sein oder nicht?
5. Sollen Großgrundbesitz und Schlüsselindustrien mit oder ohne Entschädigung in Gemeineigentum überführt werden?
6. Soll die staatliche Volksschule eine konfessionelle Bekenntnisschule oder eine christliche Gemeinschaftsschule sein?

P. W. Wenger

Währungsreform und für die Wiederherstellung unserer Wirtschaft.

Anschließend sprach der Präsident der Gewerkschaften Südwürttembergs, Fritz Fleck, über die Facharbeiterschulung und -umschulung. Er verwickelte die Landesdirektion der Wirtschaft auf die Notwendigkeit, sich der Erziehung des Facharbeiternachwuchses vorzüglich anzunehmen. In der wichtigen Frage der Produktionslenkung und Rohstoffverteilung verlangte er die maßgebende Beteiligung der Gewerkschaften. In eindrucksvollen Ausführungen über das Problem Preise und Löhne bezeichnete er die Angliederung der Löhne an die Preise als nicht richtig; das umgekehrte Verfahren, also die Ausrichtung der Preise nach den Löhnen, müsse für die notleidende Arbeiterschaft gefordert werden.

Dr. Mauthe, Schwemningen, sprach dann zur Wirtschaftsfrage unserer Zone aus seinen praktischen Erfahrungen als Betriebsinhaber und über die Wirtschaft seines Bezirkes. An überzeugenden Beispielen erörterte er die Darlegungen des Staatssekretärs.

Schließlich sprach noch Gewerkschaftssekretär Becker zu wirtschafts- und sozialpolitischen Fragen. Insbesondere verlangte er die Mitwirkung der Gewerkschaften in der Industrie- und Handelskammern, sowie die Neuordnung der Kurzarbeiterunterstützung.

Den zweiten Teil der Tagung eröffnete Oberregierungsrat Dr. Stahlberg um 14 Uhr mit einem umfassenden Vortrag über den Aufbau der staatlichen Wirtschaftsverwaltung und der Selbstverwaltung in der gewerblichen Wirtschaft.

Nachrichten aus aller Welt

Verfassungsausschuß beendet
BEBENHAUSEN. Der Verfassungsausschuß hat seine Arbeiten beendet. Der Entwurf der Verfassung wird nun der Militärregierung vorgelegt.

Amerikanische Zone
BAMBERG. Die erste Freimaurerloge in Bayern seit dem Verbot der Logen im Juli 1933 wurde in Bamberg von der amerikanischen Militärregierung genehmigt.

FRANKFURT. 80 000 deutsche Angestellte bei amerikanischen Besatzungsbehörden sollen am 31. Mai entlassen werden. Diese Maßnahme steht im Zusammenhang mit der Absicht der amerikanischen Militärregierung, die Besatzungskosten herabzusetzen.

BREMEN. Sämtliche Weserbrücken in Bremen wurden durch Hochwasser zerstört.

Englische Zone
ESSEN. Im Laufe dieser Woche soll in Essen die größte Kanone der Welt zerstört werden, eine der drei, die für den Rußlandfeldzug hergestellt worden waren. Das Kaliber beträgt 80 Zentimeter, die Rohrlänge 40 Meter, das Gewicht einschließlich Lafette 1300 Tonnen, die Granate 7 Tonnen, die Reichweite 55 Kilometer.

Russische Zone
HALLE. Die Provinz Sachsen-Anhalt wurde in der vergangenen Woche durch einstimmigen Beschluß des Provinziallandtages im Rahmen der Auflösung des preussischen Staates in „Land Sachsen-Anhalt“ umbenannt.

LEIPZIG. Aus der ganzen sowjetischen Besatzungszone werden schwere Überschwemmungen gemeldet.

Berlin
BERLIN. Nach den bisher vorliegenden Ergebnissen der Berliner Gewerkschaftswahlen hat im sowjetischen Sektor Berlin die SED, im amerikanischen, britischen und französischen Sektor die SPD die Mehrheit der Stimmen erhalten. Die Wahlbeteiligung betrug 55 Prozent.

BERLIN. Der Parteivorstand der SED, sandte dem Oberbürgermeister von Frankfurt a. M. eine Spende von 19 000 RM. für den Wiederaufbau der Stadt.

BERLIN. Dr. Helmut Kütz, Justizminister in Thüringen, Dr. Theodor Heuß, Stuttgart, und Dr. Helmut Schäfer, Hamburg, wurden von der Liberalen Partei Englands zu einer Konferenz nach Oxford eingeladen.

Ausland
LONDON. Dreißig Grafschaften Englands sind in den letzten Tagen durch schwerste Überschwemmungen heimgesucht worden.

LONDON. Die belgische Regierung hat sich bereit erklärt, 15 000 Verschieppte aus der britischen Zone aufzunehmen.

LE HAVRE. Bei einem Großfeuer im Hafen von Le Havre sind Baumwolllager im Werte von mehr als zwei Millionen Dollar verbrannt.

WASHINGTON. Am 22. März wurde die amerikanische Leib- und Pachtverwaltung aufgelöst.

ATLANTA. Der Oberste Gerichtshof des Staates Georgia (USA.) befahl dem augenblicklichen Gouverneur Talmaidge, der sich nach dem Tode seines Vaters eigenmächtig die Regierungsgewalt angeeignet hatte, sein Amt niederzulegen, und ernannte Melvin Thomson zum Gouverneur des Staates.

TOKIO. Der Generalsekretär des Weltgewerkschaftsbundes Louis Saillant ist in Tokio eingetroffen und wird u. a. auch mit den amtlichen japanischen Stellen und den Gewerkschaftsführern in Unterredungen treten.

Von den Prozessen
RABATT. In der vergangenen Woche wurden 13 der 29 Angeklagten, die in den Prozessen gegen Wärter württembergischer Konzentrationslager zum Tode durch Erschießen verurteilt worden waren, hingerichtet. Einer der Verurteilten wurde begnadigt. Die vier anderen Verurteilten haben sich noch vor dem Militärgericht in Straßburg zu verantworten.

DACHAU. Im Prozeß gegen Generalleutnant Jürgen Stroop, der sich mit 30 ehemaligen SS- und Polizeioffizieren wegen der Ermordung alliierter Flieger zu verantworten hatte, wurden der Hauptangeklagte und 12 weitere Angeklagte zum Tode durch den Strang verurteilt.

VENEDIG. Der Prozeß gegen den ehemaligen deutschen Feldmarschall und Oberbefehlshaber Süd, Messing, wird nach einer Erklärung des Präsidenten des Gerichtshofes voraussichtlich zwischen dem 18. und dem 15. April abgeschlossen.

WARSAU. Im Prozeß gegen den Kommandanten des Vernichtungslagers Auschwitz, Rudolf Hoess, sagte der polnische Ministerpräsident J. Cyrankiewicz, der längere Zeit als Gefangener in Auschwitz zubrachte, als Zeuge aus und berichtete von Filmen, die Auschwitz zu einer dauernden Vernichtungsstadt machen wollten. Auschwitz sollte in „Himmelstadt“ umbenannt werden.

PRAG. Am 27. März beginnt vor dem Volksgerichtshof in Prag der Prozeß gegen die Gestapoagenten, die für die Tragödie von Lidice verantwortlich sind.

Herausgeber und Schriftleiter: Will Haas Hebsacker, Dr. Ernst Müller, Rosemarie Schittenhelm, Alfred Schwenger und Werner Steinberg. Weitere Mitglieder der Redaktion: Albert Assmann, Dr. Helmut Kiezza und Josef Klingelbeifer.

Monatlicher Bezugspreis 4,50 RM., Trägerlohn 1,50 RM., durch die Post 1,74 RM., Einzelverkaufspreis 20 Pf. Erscheinungstage Dienstag und Freitag.

Umschau im Lande

Wer will nach Frankreich?

Baden-Baden. Am Freitagvormittag ist eine Delegation des französischen Arbeitsministeriums in der französischen Besatzungszone eingetroffen...

Raubmord in Oehringen

Stuttgart. Der öffentliche Ankläger der Spruchkammer des Kreises Oehringen, Reinhold Hub, wurde in der Nacht von Freitag auf Samstag in seiner Wohnung in Oehringen erschossen...

Rottenburg. Bei der Bürgermeisterwahl am Sonntag ist der gegenwärtige kommissarische Bürgermeister, Oberfinanzrat Schneider, als einziger Kandidat mit 2335 Stimmen (99 Prozent) endgültig zum Bürgermeister von Rottenburg gewählt worden.

Quer durch die Zone

Der Schreinerlehrling Paul Fischer aus Herbertingen ließ sich zwischen Saugau und Mitterkingen von einem Zug überfahren. Er war sofort tot. Wegen Diebstahls von neun Sack amerikanischem Mehl aus einem am Bahnhof in Ravensburg stehenden Wagen und eines weiteren Diebstahls von 11 Sack Zucker verurteilte die Strafkammer Ravensburg den Transportarbeiter Ulrich Maier zu 13 Monaten Zuchthaus...

Überraschende Weizenfreigabe

WASHINGTON. Entgegen bisherigen Mittellungen hat das Landwirtschaftsministerium überraschend bekanntgegeben, daß im Mai 1.294.000 t Weizen, sonstige Getreidesorten und Mehl nach europäischen Ländern verschifft werden. Es erhalten u. a.: die anglo-amerikanische Zone 235.000 t, Frankreich und Frankreichs Nordafrika 100.000 t, Belgien 40.000 t, die Niederlande 50.000 t, Finnland 12.000 t, Italien 145.000 t, Griechenland 38.000 t.

Ausland

BRUSSEL. In einem Ergänzungsabkommen zwischen Dänemark und Belgien wurde für 1947 eine Erhöhung des Warenaustausches auf etwa 1500 Mill. Kronen beiderseits vereinbart. Dänemark liefert vor allem Butter, Käse, Fleisch, Saatkartoffeln, Fische, pharmazeutische Produkte und Maschinen gegen Erzeugnisse der belgischen Eisen- und Stahlindustrie, Zinn, Kupfer, Metallwaren und Chemikalien.

ROM. Italien wird von der UNRRA noch vor deren Liquidierung 1 Mill. Tonnen Waren erhalten. 409.000 Tonnen Kohlen und 390.000 Tonnen Getreide stehen an erster Stelle. Weiter werden geliefert werden: Baumwolle, Wolle, Rohöl, Sämereien und Heilmittel, sowie Gas gemalte Maschinenmaterial für die Fabrikation von Penicillin in Italien.

NEW YORK. Die internationale Handelskammer fordert in einem Bericht an den UN-Wirtschafts- und Sozialrat die Beseitigung aller veralteten Grenzformalitäten, wie Pässe, Visa, Fingerabdrücke und nutzlose Polizeiberührungen, durch die die Geschäftsbeziehungen behindert worden seien.

OTTAWA. In Südasakatschewa (Kanada) sind große Kaliumvorkommen entdeckt worden. Kanada war bisher ausschließlich auf Kaliumföhr angewiesen.

MOSKAU. Oestlich des westsibirischen Kohlenbeckens sind riesige Kohlenvorkommen entdeckt worden, die sich zur Verkokung eignen.

LAKE SUCCESS. Die europäische Wirtschaftskommission wird nach einer toben getroffenen Entscheidung das Recht haben, Untersuchungen über alle wirtschaftlichen und technischen Probleme anzustellen oder zu veranlassen. Sie wird von diesem Recht Gebrauch machen, wenn Erhebungen zum Wiederaufbau der verwüsteten Gebiete und zur Förderung der europäischen Wirtschaftstätigkeit notwendig sind, und zwar nicht nur in den Mitgliedstaaten der ONU, sondern auch in den anderen europäischen Ländern.

LUZERN. Die italienisch-schweizerische technische Kommission für die Durchführung des Lago-Maggiore-Adria-Kanals hat ihre Beratungen vollendet. An dem Konsortium sollen sich italienischerseits Ligurien, Piemont und die Lombard beteiligen, seither der Schweiz eine Gesellschaft, die angeblich 60 Prozent der Baukosten des Kanals übernehmen will.

LONDON. Konservative Kreise Englands üben scharfe Kritik an der Verwendung der amerikanischen Kredite für die englische Einfuhr. Von 900 Mill. Dollar seien 23 Prozent für den Einkauf von Tabak, 24 Prozent für Nahrungsmittel, 11 Prozent für Rohstoffe, 7 Prozent für Filme und nur 5 Prozent für den Kauf von Maschinen verwendet worden.

KOPENHAGEN. Auch in Dänemark treten Schwierigkeiten auf; die Zertungen müssen ihren Umfang um 15 Prozent einschränken.

NEW YORK. Die USA. haben mit 7300 Mill. Dollar ihren Anteil am internationalen Währungsfonds voll einbezahlt.

Deutschland

BERLIN. Nach Mitteilung der zentralen Finanzverwaltung für die sowjetische Besatzungszone wird die Ausschüttung von Guthabenzinsen bei Girokonten von Privatpersonen und Wirtschaftsorganisationen rückwirkend ab 1. Januar 1947 eingestellt.

HAMBURG. Am 24. und 27. März werden sich die Vertreter der Konsumgenossenschaften der amerikantisch-britischen und auch der französischen Zone zu einer Versammlung treffen. In Hamburg soll die Neugründung der deutschen Konsumvereine vollzogen werden. Die internationale Konsumgenossenschaft ist an dieser Neugründung sehr interessiert, denn 1933 hatten sich die deutschen Konsumgenossenschaften der internationalen Vereinigung angeschlossen.

BERLIN. Nach einem amtlichen britischen Bericht hat die Nichterfüllung der Lieferungsverpflichtungen der sowjetischen Zone die Wirtschaft der anglo-amerikanischen Zone in eine schwierige Lage gebracht. Die den Hauptanteil der Lieferungsverpflichtungen ausmachenden Stahllieferungen der anglo-amerikanischen Zone sind zu 40 Prozent erfüllt. Lieferungen erfolgen weiterhin auf reduzierter Basis, doch soll die Möglichkeit ihrer Fortsetzung geprüft werden.

WIESBADEN. Der erste deutsche Luxuskraftwagen der Nachkriegsproduktion, ein Sechszylinder „Opel-Kapitan“ ist in diesen Tagen von den Opelwerken vorgeführt worden. Nach Genehmigung zur Aufnahme der Serienherstellung und Bereitstellung des erforderlichen Rohmaterials kann das Räusschen beimer Werk, wie bekanntgegeben wird, täglich 30 Wagen dieser Ausführung herstellen. Zurzeit produziert Räusschen mit Vorrang den 1.3-1-BHK-Lkw.

ESSEN. Die Verantwortung für die Kohlenproduktion in der britischen Zone soll auf Ersuchen der deutschen Behörden in Minden erst ab 1. Mai anstatt wie bisher vorgesehen, ab 1. April, in deutsche Hände gelegt werden.

Landenteignungen in der Sowjetzone

Im Zuge der Bodenreform wurden laut Mitteilung der Zentralverwaltung für Land- und Forstwirtschaft 897 Großgrundbesitzer, 2770 Nahrungsmittel- und 139 Kriegsverbrechern insgesamt 2.294.000 Hektar Land enteignet. Zusammen mit 223.223 Hektar aus Staatsbesitz ergeben die Enteignungen mit 2.517.223 Hektar 27 Prozent der Gesamtläche der Sowjetzone. Sie wurden an 408.963 Bewerber verteilt.

Bayern schlägt Südwürttemberg 5:3

Ein verdienter Sieg der südbayerischen Landesliga

Bayern: Schmitt, Regensburg; Saengeruber, Ingolstadt; Eisenhahn, Regensburg; Japp, Regensburg; Deustroski, Ingolstadt; Beckmann, Rosenheim; Wahl, Ingolstadt; Besahl, Regensburg; Riedler, Sejauwara; Brück, Rosenheim; Holzinger, Rosenheim. Südwürttemberg: Braun, Tübingen; Roth, Birkensfeld; Heidler, Tübingen; Danneker, Friedrichshafen; Schmid, Schweningen; Klüber, Pfullingen; Habrich, Biberach; Vogele, Friedrichshafen; Keller, Freisingen; Schuler, Biberach; Haller, Schweningen. Zum zweitenmal hatte wir Gelegenheit in Tübingen, der Hauptstadt von Südwürttemberg, ein Auswahlspiel, oder, wie man landläufig schon spricht, ein „kleines Länderspiel“ zu erleben. Das erstmal war Südbaden hier zu Gast, bei der zweiten Begegnung stellten die Bayern den Gegner. Moge dieses Treffen ein gutes Omen für eine baldige auch aktivere sportliche Verbindung zwischen den einzelnen Zonen, insbesondere der französischen und amerikanischen Zone sein. Organisatorisch hat dieses Länderspiel keinen einzigen Fehler aufzuweisen. Die wenigstens zehntausend Zuschauer fanden alle einen Platz, die Mannschaften konnten sich über die Tübingen Gastfreundschaft in keiner Weise beklagen, und die beiden Länderspiele wurden mit größter Aufmerksamkeit und größter Hingabe von beiden Seiten verfolgt. Erfolgreich war, daß zum erstmaligen auch die Polizei bei den Absperungen lebend mitwirkte, so daß die Veranstaltung völlig reibungslos verlaufen ging.

Schiedsrichter Fritz Oeggensheim kennen wir als einen der besten Pfeifenmacher Deutschlands, ihm wurde bei dieser Begegnung sein Amt in keiner Weise erschwert. Das Spielgeschehen selbst ist schnell geschiedert. Die ersten dreißig Minuten waren weniger als ein Abtauen. Sie wurden ziemlich klassenarm gespielt. Dafür spricht auch das erste Tor der Bayern, das von Rudolf Hof, erst in den letzten fünfzehn Minuten der ersten Halbzeit wurde das Spiel lebendiger. Die Württemberger in ihrem schwarz-roten Dress verlornten zwar tolle Chancen, denn sowohl Vögelé wie auch Keller hatten bedenkliche Hemmnisse und brachten dadurch Südwürttemberg um wenigstens zwei Tore.

Wenige Minuten nach dem ersten Tor erholten die Bayern — der Zufall wollte es so — auf 2:0, während Württemberg in der 35. Minute eine schwache Ballrückgabe der bayrischen Verteidigung durch ein rechtiges Nachsetzen von einem 17-jährigen Nachwuchsspieler, das mehrfach noch kritische Situationen vor dem bayrischen Tor, aber Erfolge entstanden dadurch nicht. Nach Seitenwechsel spielte man auf beiden Seiten nicht schlecht. Der bayrische Sturm war aber produktiver und kam auf 3:1. Bis Schwiße endlich in Fahrt kam, verging auch noch einige

Zeit, dann aber schloß er als Abschluß eines Alleinganges ein prächtiges Tor, gegen das Schmitt nichts tun konnte. Diese glänzende Leistung verkaufte die württembergische Verteidigung sehr billig, denn Haderer erholte bald auf 4:3. Zur Abwehmlung schloß dann Hubrich nach seinem Alleingang knapp am Torposten vorbei. Schwille, der verantwortlich für einen ihm zugerechneten Ball durch glanzvolle Tauschen zum dritten Tor, Allgemein hoffte man noch auf einen Ausgleich, wenn auch nur noch acht Minuten zu spielen waren, statt dessen erreichten die Bayern durch ihr weiteres Drängen ganz knapp vor dem Schlußpfiff ein fünftes Tor. Der blau-weiße Sieg war damit einwandfrei. Für Südwürttemberg sind aber die Möglichkeiten, im Rückspiel besser abzuschneiden, dadurch gegeben, sofern ein durchschlagender Sturm und eine in der Abwehr sichere Verteidigung angestellt wird.

Den vielen Zuschauern war immerhin Gelegenheit geboten, ein zitterndes Spiel zu sehen. Sie haben daran sehr lebhaften Anteil genommen, ebenso die Ehrgeizigen, unter denen wir u. a. Oberst Courtois, Capitaine Humboldt, Staatsrat Schmid, Oberbürgermeister Hartmann und Landesportbeauftragter Diemer, Freiburg sahen. Die durch den Landesportbeauftragten Willi A. J. m. p. p. mit diesem Spiel angeknüpften freundschaftlichen Beziehungen zu Bayern und damit zu der amerikanischen Zone hoffen wir in absehbarer Zeit doch noch etwas mehr ausbauen zu können. Wenn seine Absicht erreicht wird, ist dieses zweite kleine Länderspiel seinen Zweck voll und ganz erfüllt.

Das geht alle an

Erleichterungen für Berufstätige. Das Landesarbeitsamt Südwürttemberg-Hohenzollern teilt mit: Alle Personen, die in einer anderen Zone arbeiten und regelmäßig die Zonengrenzen überschreiten, brauchen künftig zum Grenzübergang nur noch eine Bescheinigung des Arbeitsamtes. Unter die Neuregelung fallen Arbeiter, Angestellte, Beamte, Schüler und Studenten, fernere selbständige Landwirte, deren mithelfende Familienangehörige und Gesindekräfte, letztere soweit sie zur Bewirtschaftung land- und forstwirtschaftlichen Grundbesitzes die Zonengrenze überschreiten müssen. Die Anträge für diese Bescheinigungen können beim Arbeitsamt des Wohnorts gestellt werden. Nähere Auskunft erteilen die Arbeitsämter und deren Nebenstellen; dort sind auch die erforderlichen Antragsvordrucke erhältlich.

Wie wird das Wetter?

Langsame, schrittweise Berührung der Wetterlage und Nachlassen der Niederschläge. Vielesicht stark aufheiternd, dadurch nachts starkes Absinken der Temperaturen. Mittagstemperaturen jedoch meist um 15 Grad, vielfach auch höher.

Geschäftliches

Praxiseröffnung: Dr. med. Dr. med. dent. Jul. Jansen, Spezialist f. Zahn- u. Kiefererkrankungen, Spreßstr. 11, Do 9-12, 14-17, sonst nach Vereinbarung, Tübingen, Eberhardstraße 6, Tel. 211 (Stuhlfabrik Schäfer). Auch Sie sind fallend! Helfen Sie Ihre Fäden — Sie helfen sich selbst. Tragen Sie die leicht elastische Spezialstrick-Einlage. Nach wenigen Tagen schon sind Sie befreit von Ihren Schmerzen. Schraubhaube Ficht, Tübingen (Di., Do, Sa, 9-12), Sa, 14-17 Uhr). BWH-Verkehr nach allen Zonen per Bahn u. Auto, Direkte Ladungen von und nach Berlin, Harry W. Hamacher, Spedition, Ebingen, Tel. 2547. Bei Anträgen Rückporto belassen. Das Künftige heißt jetzt finanziell vorbereiten heißt kommende Kredit- und Baumöglichkeiten ohne Verzögerung wahrnehmen zu können. Heute Baupreise — sichern künftigen Hausbesitz. GDF Wüstenrot, größte u. älteste deutsche Hausbank, gemeinnützige GmbH, in Ludwigsburg, Württemberg. Ihr Helfer in großer Not gegen Futtervergiftungen, Durchfälle aller Art, Kälberruhr, Infekt. Durchfälle des Kalbes. Ist das bekannte ERGONA-Kohle-Granulat. Auf jeden Fall sollte Sie dieses bewährte Präparat für alle Tiere immer im Hause vorrätig haben, es lohnt sich! ERGONA-Kohle-Granulat ist wie alle ERGONA-Extrakte in Apotheken, Drogerien, Futtermittel-Handlungen usw. erhältlich. Otto Koch, Chem. u. pharm. Fabrik, Möriach, Odew. Die Schuh polier mit „Kavalier“, ist diesen guten Rat Dir geben, sie machen dann viel Freude Dir und danken es ein ganzes Leben. Was muß man von „NEXT“ wissen? 1. „NEXT“ ist für Deutschland seit ein umwälzender Fortschritt. 2. Es ist absolut tödlich f. Insekten, doch unschädlich f. Menschen, Nutztiere u. Pflanzen. 3. Es ist einfach anzuwenden. „NEXT“ wird veratmet, 4. Man bekämpft damit Kärtterflöhe und Bepflanzungskäfer. „NEXT“, der tödliche Staub, gefährlos f. Mensch, Nutztiere u. Pflanzen. (Mit dem „Pflanzenschutzmann“). CELA GmbH, Isgeheim am Rhein.

Zonenliga Gruppe Süd

SV Offenburg — VfL Freiburg 2:1. — Der Offenburger Sieg ist diesmal sehr knapp gehalten, als Beweis, daß Freiburg mehr und mehr im Kommen ist. Die Begegnung Rastatt — Konstanz mußte wegen Fahrschwierigkeiten der Konstanz wieder einmal ausfallen.

Zonenliga Gruppe Nord

FC. Kaiserslautern — VfR. Trier 2:0; FC. Saarbrücken — Mainz 0:2; Phoenix Ludwigsbach — Wormatia Wetzlar 2:5; Tals. Neudorf — VfR. Neunkirchen 3:0. — Der Sturm von Kaiserslautern war wieder in Hochform, denn bei einem Spiel zwanzig Tore zu schiessen, verlangt allerhand Aktivität. Durch die Niederlage von Mainz in Saarbrücken besteht für Kaiserslautern so gut wie keine Gefahr mehr. Das Mitwirken Altbachs bei Neudorf wird voraussichtlich ein Nockspiel haben. Es Neudorf wird voraussichtlich ein Nockspiel haben. Es Neudorf wird voraussichtlich ein Nockspiel haben. Es Neudorf wird voraussichtlich ein Nockspiel haben.

Süddeutsche Oberliga

VfB. Stuttgart — Eintracht Frankfurt 1:2; Offenbacher Kickers — Stuttgarter Kickers 2:0; VfB. Mannheim — Ulm 4:3; Karlsruher FV. — 1908 Mannheim 1:1; Schwabes Augsburg — FC. Bamberg 4:1; FC. Schweinfurt — Phoenix Karlsruhe 2:3; SpVgg. Fürth — BC. Augsburg 2:1; Viktoria Aschaffenburg — VfL Neckarau 4:1; FSV. Frankfurt — FC. Nürnberg 0:0; Bayern München — Manheim-Waldhof 3:1.

Mehrere Überraschungen, vor allem in der Turnhälfte, brachte der letzte Sonntag. Nürnberg kann den Punkteverlust ruhig verschmerzen, denn auch die Mitspieler haben erröhen bezüglich ein Unentschieden. Der VfB. Stuttgart kam durch seinen Sieg zur Abwechslung wieder einmal auf den 4. Platz, während Kickers Offenbach und Stuttgarter Kickers die Tabellenplätze wechselten. Viktoria Aschaffenburg hat durch seinen 4:1-Erfolg vier Ver-

Landesliga Gruppe Süd

Hauszang — Linden 2:1; Waagen — Mengen 1:0; Ehingen — Linsingen 4:5.

Nordwürttembergische Landesliga

Unterriemheim — Union Böttingen 2:1; Feuerbach — Sportfreunde Stuttgart 2:1; Sportfreunde Ehlingen — SV. Goppingen 0:1; SSV. Ulm — VfB. Aalen 1:4.

Kreis Calw

Calw I 0:1 (0:0) (Wiederholungsspiel). — Das am Sonntag stattgefunden Spiel setzte mit einem knappen, aber verdienten Sieg für Calw. Die gemessenen Leistungen beider Mannschaften ließen zu wünschen übrig. Gehängens linker Verteidiger mußte wegen Fußverletzung den Platz verlassen. In der zweiten Hälfte gelang es Calw Mitspieler, nach schmerzhaftem Zusatzt das einzige Tor der Tage zu schießen. Schiedsrichter Bossert, Göttingen leitete gut. Mit diesem Spiel errang Calw die Meisterschaft der A-Klasse im Unterkreis Calw.

Loßburg sucht Gegner

Spielvereinigung Loßburg sucht für Ostermontag einen sportlicheren Gegner nach Loßburg gegen Rückspiel oder sonstige Vereinbarungen. Ellangebote an Spielvereinigung Loßburg, Fernruf 25.

Handball

Landesklasse Gruppe Schwarzwald. Freudenstadt — VfL Schweningen 4:2; Reitweil — Tuttlingen 4:8; Rietheim — Schramming 6:5.

Handball

Landesklasse Gruppe Schwarzwald. Freudenstadt — VfL Schweningen 4:2; Reitweil — Tuttlingen 4:8; Rietheim — Schramming 6:5.

Handball

Landesklasse Gruppe Schwarzwald. Freudenstadt — VfL Schweningen 4:2; Reitweil — Tuttlingen 4:8; Rietheim — Schramming 6:5.

Handball

Landesklasse Gruppe Schwarzwald. Freudenstadt — VfL Schweningen 4:2; Reitweil — Tuttlingen 4:8; Rietheim — Schramming 6:5.

Handball

Landesklasse Gruppe Schwarzwald. Freudenstadt — VfL Schweningen 4:2; Reitweil — Tuttlingen 4:8; Rietheim — Schramming 6:5.

Handball

Landesklasse Gruppe Schwarzwald. Freudenstadt — VfL Schweningen 4:2; Reitweil — Tuttlingen 4:8; Rietheim — Schramming 6:5.

Handball

Landesklasse Gruppe Schwarzwald. Freudenstadt — VfL Schweningen 4:2; Reitweil — Tuttlingen 4:8; Rietheim — Schramming 6:5.

Handball

Landesklasse Gruppe Schwarzwald. Freudenstadt — VfL Schweningen 4:2; Reitweil — Tuttlingen 4:8; Rietheim — Schramming 6:5.

Handball

Landesklasse Gruppe Schwarzwald. Freudenstadt — VfL Schweningen 4:2; Reitweil — Tuttlingen 4:8; Rietheim — Schramming 6:5.

Handball

Landesklasse Gruppe Schwarzwald. Freudenstadt — VfL Schweningen 4:2; Reitweil — Tuttlingen 4:8; Rietheim — Schramming 6:5.

Handball

Landesklasse Gruppe Schwarzwald. Freudenstadt — VfL Schweningen 4:2; Reitweil — Tuttlingen 4:8; Rietheim — Schramming 6:5.

Handball

Landesklasse Gruppe Schwarzwald. Freudenstadt — VfL Schweningen 4:2; Reitweil — Tuttlingen 4:8; Rietheim — Schramming 6:5.

Handball

Landesklasse Gruppe Schwarzwald. Freudenstadt — VfL Schweningen 4:2; Reitweil — Tuttlingen 4:8; Rietheim — Schramming 6:5.

Handball

Landesklasse Gruppe Schwarzwald. Freudenstadt — VfL Schweningen 4:2; Reitweil — Tuttlingen 4:8; Rietheim — Schramming 6:5.

Handball

Landesklasse Gruppe Schwarzwald. Freudenstadt — VfL Schweningen 4:2; Reitweil — Tuttlingen 4:8; Rietheim — Schramming 6:5.

Handball

Landesklasse Gruppe Schwarzwald. Freudenstadt — VfL Schweningen 4:2; Reitweil — Tuttlingen 4:8; Rietheim — Schramming 6:5.

Handball

Landesklasse Gruppe Schwarzwald. Freudenstadt — VfL Schweningen 4:2; Reitweil — Tuttlingen 4:8; Rietheim — Schramming 6:5.

Handball

Landesklasse Gruppe Schwarzwald. Freudenstadt — VfL Schweningen 4:2; Reitweil — Tuttlingen 4:8; Rietheim — Schramming 6:5.

Handball

Landesklasse Gruppe Schwarzwald. Freudenstadt — VfL Schweningen 4:2; Reitweil — Tuttlingen 4:8; Rietheim — Schramming 6:5.

Handball

Landesklasse Gruppe Schwarzwald. Freudenstadt — VfL Schweningen 4:2; Reitweil — Tuttlingen 4:8; Rietheim — Schramming 6:5.

Handball

Landesklasse Gruppe Schwarzwald. Freudenstadt — VfL Schweningen 4:2; Reitweil — Tuttlingen 4:8; Rietheim — Schramming 6:5.

Handball

Landesklasse Gruppe Schwarzwald. Freudenstadt — VfL Schweningen 4:2; Reitweil — Tuttlingen 4:8; Rietheim — Schramming 6:5.

Handball

Landesklasse Gruppe Schwarzwald. Freudenstadt — VfL Schweningen 4:2; Reitweil — Tuttlingen 4:8; Rietheim — Schramming 6:5.

Handball

Landesklasse Gruppe Schwarzwald. Freudenstadt — VfL Schweningen 4:2; Reitweil — Tuttlingen 4:8; Rietheim — Schramming 6:5.

Handball

Landesklasse Gruppe Schwarzwald. Freudenstadt — VfL Schweningen 4:2; Reitweil — Tuttlingen 4:8; Rietheim — Schramming 6:5.

Handball

Landesklasse Gruppe Schwarzwald. Freudenstadt — VfL Schweningen 4:2; Reitweil — Tuttlingen 4:8; Rietheim — Schramming 6:5.

Handball

Landesklasse Gruppe Schwarzwald. Freudenstadt — VfL Schweningen 4:2; Reitweil — Tuttlingen 4:8; Rietheim — Schramming 6:5.

Handball

Landesklasse Gruppe Schwarzwald. Freudenstadt — VfL Schweningen 4:2; Reitweil — Tuttlingen 4:8; Rietheim — Schramming 6:5.

Handball

Landesklasse Gruppe Schwarzwald. Freudenstadt — VfL Schweningen 4:2; Reitweil — Tuttlingen 4:8; Rietheim — Schramming 6:5.

Handball

Landesklasse Gruppe Schwarzwald. Freudenstadt — VfL Schweningen 4:2; Reitweil — Tuttlingen 4:8; Rietheim — Schramming 6:5.

Handball

Landesklasse Gruppe Schwarzwald. Freudenstadt — VfL Schweningen 4:2; Reitweil — Tuttlingen 4:8; Rietheim — Schramming 6:5.

Handball

Landesklasse Gruppe Schwarzwald. Freudenstadt — VfL Schweningen 4:2; Reitweil — Tuttlingen 4:8; Rietheim — Schramming 6:5.

Handball

Landesklasse Gruppe Schwarzwald. Freudenstadt — VfL Schweningen 4:2; Reitweil — Tuttlingen 4:8; Rietheim — Schramming 6:5.

Handball

Landesklasse Gruppe Schwarzwald. Freudenstadt — VfL Schweningen 4:2; Reitweil — Tuttlingen 4:8; Rietheim — Schramming 6:5.

Handball

Landesklasse Gruppe Schwarzwald. Freudenstadt — VfL Schweningen 4:2; Reitweil — Tuttlingen 4:8; Rietheim — Schramming 6:5.

Handball

Landesklasse Gruppe Schwarzwald. Freudenstadt — VfL Schweningen 4:2; Reitweil — Tuttlingen 4:8; Rietheim — Schramming 6:5.

Handball

Landesklasse Gruppe Schwarzwald. Freudenstadt — VfL Schweningen 4:2; Reitweil — Tuttlingen 4:8; Rietheim — Schramming 6:5.

Handball

Landesklasse Gruppe Schwarzwald. Freudenstadt — VfL Schweningen 4:2; Reitweil — Tuttlingen 4:8; Rietheim — Schramming 6:5.

Handball

Landesklasse Gruppe Schwarzwald. Freudenstadt — VfL Schweningen 4:2; Reitweil — Tuttlingen 4:8; Rietheim — Schramming 6:5.

Handball

Landesklasse Gruppe Schwarzwald. Freudenstadt — VfL Schweningen 4:2; Reitweil — Tuttlingen 4:8; Rietheim — Schramming 6:5.

Handball

Landesklasse Gruppe Schwarzwald. Freudenstadt — VfL Schweningen 4:2; Reitweil — Tuttlingen 4:8; Rietheim — Schramming 6:5.

Handball

Landesklasse Gruppe Schwarzwald. Freudenstadt — VfL Schweningen 4:2; Reitweil — Tuttlingen 4:8; Rietheim — Schramming 6:5.

Handball

Landesklasse Gruppe Schwarzwald. Freudenstadt — VfL Schweningen 4:2; Reitweil — Tuttlingen 4:8; Rietheim — Schramming 6:5.

Handball

Landesklasse Gruppe Schwarzwald. Freudenstadt — VfL Schweningen 4:2; Reitweil — Tuttlingen 4:8; Rietheim — Schramming 6:5.

Handball

Landesklasse Gruppe Schwarzwald. Freudenstadt — VfL Schweningen 4:2; Reitweil — Tuttlingen 4:8; Rietheim — Schramming 6:5.

Handball

Landesklasse Gruppe Schwarzwald. Freudenstadt — VfL Schweningen 4:2; Reitweil — Tuttlingen 4:8; Rietheim — Schramming 6:5.

Handball

Landesklasse Gruppe Schwarzwald. Freudenstadt — VfL Schweningen 4:2; Reitweil — Tuttlingen 4:8; Rietheim — Schramming 6:5.

Handball

Landesklasse Gruppe Schwarzwald. Freudenstadt — VfL Schweningen 4:2; Reitweil — Tuttlingen 4:8; Rietheim — Schramming 6:5.

Semesterschlusskonzert

der Spöhrschule Höheren Handelsschule Calw
In Anwesenheit der Herren Gouverneur Fesold und Landpage sowie zahlreicher geladener Gäste fand am Montag, 17. März, im Festsaal der Spöhrschule das zweite Konzert der Staatlichen Musikhochschule...

Gechingen - eine singende Gemeinde

R. Die Musikfreunde, die am Sonntag den ersten Vortragsabend benutzend nach Gechingen wanderten, erlebten dort eine Ueberraschung und helle Freude. Der dortige Kirchenchor und der Männerchor hatte sich zum Zusammenstoß, um zur Feier der Wiederherstellung der bombengeschädigten Orgel die Frucht ihrer Arbeit der Gemeinde in einer musikalischen Feierstunde in der Kirche darzubieten...

Blick in die Gemeinden

Unterriechenbach. Herr Eugen Becht hat die Meisterprüfung im Schreinerhandwerk vor der Handwerkskammer Reutlingen mit gutem Erfolg bestanden. Nagold. 28 Söhne und 26 Mädchen wurden hier konfirmiert. Reichsbahnsekretär Rock von Nagold wurde mit der Führung des Bahnhofs Altbengal betraut.

Aus Nachbarkreisen

Börsingen. Da unsere Kirche, die einem Brande zum Opfer fiel, noch nicht wieder aufgebaut ist, fand die Konfirmation der hiesigen Kinder in Pfalz...

Vom Viehzuchtverein Nagold

Die Viehzucht stellt im Bezirk Nagold einen nicht unbedeutenden Faktor der Landwirtschaft dar. Das kam erneut zum Ausdruck bei der Generalversammlung des Viehzuchtvereins Nagold, zu der sich Mitglieder desselben aus den Gemeinden Altensteig, Dorf, Altmühl, Bellingen, Börsingen, Ebershardt, Egenhausen, Garweiler, Gaugenswald, Mohnhardt, Nagold, Rohrdorf, Schönbrunn, Spielberg, Tröllsbühl, Ueberberg und Wendeln eingeladen hatten.

zollern wurde einstimmig angenommen. Dr. Bieggart sprach über Zuchtfragen. Der Viehzuchtverein Nagold wurde bereits 1869 gegründet und trat im Jahre 1920 als erster Verein dem Verband bei. Er zählt heute 185 Mitglieder mit 341 eingetragenen Tieren. Es wäre wünschenswert, wenn weitere Mitglieder beitreten würden.

Kleinigkeiten aus dem Jahre 1847

Zunächst sind uns aus dem Jahre 1847 allerlei Daten erhalten geblieben, die wir hier, nach Verlauf von 100 Jahren, ohne Anspruch auf Vollständigkeit, bringen wollen. Zunächst etwas über das allgemeine Gesprächsbema, das Wetter.

Anno 1847 hatten wir in Calw 147 Regentage, 34 mal Schnee, 25 Gewitter, 5 Hagelstöße und 50 Reife. Sehr viel Schnee lag vom 8. bis 13. Februar bei uns. Am 8. Juni war es auf unseren Berghöhen so kalt, daß viele junge Tannenschößlinge in den Waldungen erfroren. Der schlimmste Hageltag war der 3. August, wo Deckenfront vor allem bedeutenden Schaden erlitt. Nordlichter beobachtete man hier am 19. November und am 17. Dezember. Die Oberamtsbeschreibung meldet, daß 1847 eine Insektenplage ausbrach, wodurch das zahlreiche Geschiebe an den Bäumen schnell vernichtet wurde.

Im Dezember brach in Calw und Umgebung eine Grippeepidemie aus, die aber gutartig verlief. Ernstesten Charakter nahmen dagegen die Masern an, die im Oktober 1847 bis in den April 1848 hinein hier wüteten. Endlich sei hier noch erwähnt ein Fall von Menschenpocken im Oktober in Oberkollwangen, der leider den Auftakt zu einer großen Pockenepidemie im folgenden Jahr wurde.

An sonstigen Geschehen vor 100 Jahren notieren wir, daß im Sommer 1847 die Gemeinde Ostelsheim die feste Ringmauer des ehemaligen Kirchhofes abtrug. Stammheim kaufte in diesem Jahre eine Zehntscheuer dem Staat um 1000 Gulden ab und richtete diese zu einer Schafscheuer ein. In Liebenzell ließ die Prinzessin Maria von Württemberg 1847 das Marienstift für Industrie- und Kleinkinderschule erbauen.

tiefergehend fort und erfuhr, daß sich die Kranken dortselbst an Lebkuchen ergötzt hatten, welche mit den bekannten Blüten von roter, blauer und weißer Farbe bemalt waren. Der gewissenlose Fabrikant dieser Köstlichkeiten hatte, um seine Lebkuchen recht schön bunt auszustatten, auch grüne Farbe nicht vergessen und hierzu das giftige Schweinfurter Grün verwendet. Zum Glück gelang es Dr. Möller alle mehr oder weniger schwer Leidenden noch zu retten.

Kleine Kulturschau

In Nagold gab das Hill-Kult-Theater gut besuchte Gastspiele. Aufgeführt wurde die hübsche, gepopelte Operette von Eduard Künneke „Der Vetter aus Dingsda“. Die dramatische temperamentvolle Musik Künnekes, seine sinfonisch gebaute Instrumentierung und die einschmeichelnden Melodien des Meisters fanden eine ausgezeichnete Wiedergabe, soweit die Kleinstadtverhältnisse eine solche ermöglichen. Echte Operntalenti umweht einen hier und das Milieu setzt sich aus Geschehnissen zusammen, die verblüffend wirken. Karl Brauning, der musikalische Leiter, hatte seine Musiker gut in der Hand. Die Soli, Schlagorchester und Ensemble wurden mit Schwung und Flüssigkeit wiedergegeben und bereiteten dem Publikum so große Freude, daß Wiederholungen stattfinden mußten. Die Darsteller selbst machten ihre Sache sehr gut; sie waten nicht nur schauspielerisch, sondern auch gesanglich durchaus auf der Höhe. Die Regie führte Hill Kubu. Die einzelnen Charaktere waren gut gezeichnet, und so wurde das Ganze auch schauspielerisch ein voller Erfolg. Die Zuhörer wurden einige Stunden festlich unterhalten und gingen nicht mit lebhaftem Beifall.

Altensteig, 10. März 1947. Todesanzeige. Nach kurzem, schwerem Leiden ist meine innigstgeliebte, treuergebende Gattin, Beta Luz, geb. Kempf, im Alter von 57 Jahren sanft entschlafen. Im Namen der trauernden Hinterbliebenen: Der Gatte: Hermann Luz. Die Beerdigung fand am Freitag, den 14. März, 13.30 Uhr, auf dem Waldfriedhof statt.

Oberriechenbach, 10. 3. 1947. Am 6. März ist unser herrschaftlicher Vater, Großvater, Bruder, Schwager, Schwiegervater und Onkel Michael Hamman Mauermeister nach kurzem Krankenlager unerwartet rasch im Alter von 64 Jahren für immer von uns gegangen. Wir haben ihn am 9. März zur letzten Ruhe gebettet. Für die überaus zahlreichen und herzlichsten Teilnahme, die vielen Kranzspenden, für die tröstlichen Worte des Herrn Pfarrer Dierlamm, für den erhabenden Gesang, sowie allen denen, die unseren lieben Vater zur letzten Ruhestätte geleitet haben, sagen wir unseren innigsten Dank. Nur vor unseren entschlafenen konnte, weiß, was wir verloren haben. In tiefem Leid: Geschwister Hamman.

Florzheim/Weissensteil, Beltramstraße 82, Febr. 1947. Unser lieber, sorgender Vater Christian Soulier Rb.-Obersekretär i. R. schied im Alter von 64 Jahren von uns. Wir haben unseren lieben Entschlafenen am 26. 2. 1947 zur letzten Ruhe gebettet und danken innigst für alle erwiesene Liebe und Anteilnahme. Hilde, und Gertrud Soulier.

Iselshausen, 13. März 1947. Für alle Beweise aufrichtiger Anteilnahme während der langen Krankheit und beim Hinscheiden unseres lieben Vaters und Schwiegervaters Christian Kugler danken wir herzlich. Die trauernd. Hinterbliebenen.

Wildberg, 12. März 1947. Todesanzeige. Nach kurzer, glücklicher Ehe entfiel mir der Tod am 12. 3. 1947 unerwartet rasch meine geliebte Gattin, unsere liebe Tochter, Schwester, Schwägerin und Tante Emma Wöhle geborene Hörmann im Alter von nur 27 Jahren. Wir haben die teure Entschlafene am 15. 3. 1947 auf dem Heimfriedhof beerdigt. In tiefem Schmerz: Fabrikant Willy Wöhle mit allen Angehörigen.

Amtsgericht Calw, Handelsregisteramt vom 13. 3. 1947. Veränderung. A 6: Eugen Dreiß in Calw; Offiziers-Handelsgesellschaft seit 1921. Persönlich haftende Gesellschafter: Eugen Dreiß, Kaufmann in Calw, und Helene Dreiß, ledig, in Calw. Zur Geschäftsführung und Vertretung der Gesellschaft ist nur die Gesellschafterin Helene Dreiß ermächtigt. Die Prokura der Helene Dreiß ist erloschen. Frauenarbeitschule Wildbad. Sommerkurs 1947. Am 14. April beginnt der Unterricht in den Fächern Flecken, Wäschebäden und Kleiderbäden. Anmeldungen für den Tages- u. Abendkurs werden am Donnerstag, den 27. März, von 8-11 Uhr, in der Frauenarbeitschule entgegengenommen.

Die Schulleitung. Geschäftliches. Welche Lackfabrik oder Vertretung liefert für neu eröffneten Lackbetrieb sofort oder später Lacke. Angebote unter C 2632 an Schw. Tagblatt Calw. Wir suchen zu kaufen: Elektrische autom. Kühlschranke von 1500 Lit. aufwärts, Aufschnittmaschinen, Anschlag- und Rührmaschinen, Kondier- u. Bäckerei, Eismaschinen, Schreibmaschinen, Rechenmaschinen, Schnellwaage, Aluminiumtöpfe (50 bis 100 Lit. Inhalt), Blümmel-, wie Aktenschrank, Aktensregale, Schreibstische, Schreibmaschinische Arbeitstische, Pultle. Hu 6000. Angebot unter S-R, 7007 an Ann. Exp. Carl Gabler, G. m. b. H., Stuttgart-S., Fischerstraße 9.

„Die Durchschreibebuchführung in der Westentasche“ wird die C. v. Carnap'sche Durchschreibebuchführung von ihren vielen Freunden oft scherzhaft genannt. Wörtlich genommen ist das zwar übertrieben, aber sie ist wirklich erstaunlich klein und einfach; gerade so, wie der kleine Geschäftsmann sich seine Buchführung schon lange gewünscht hat, dementsprechend leicht ersichtlich und sofort lieferbar. Prospekt frei durch Treuhändervertrieb H. Mitzel, G. m. b. H., (14a) Koratal, Postfach 103.

Gebe hiermit der Einwohnerschaft von Calw u. Umgebung zur Kenntnis, daß ich ein Sarglager eröffnen habe. Karl Heugle, Calw, Burgstraße 7, Tel. 257.

Für Hände und Felle aller Art und sämtlicher Wildarten gibt es Leder- und Zopretten-Prämien. Roß- und Schweinehaare können auch auf meinen Ortssammelstellen zum höchsten Tagespreis laufend abgegeben werden. Christian Rentschler, Fellehandlg., Altbürg, Kreis Calw.

Kosmetik. Haut-Petroleum in Dosen. Haarpomade in Dosen. Zahnpulver in Dosen. Rasierseife. Farben. Anstrichfarbe, weiß. Bodenfarben in Bl. Braun und gelb. Bodenbeizen, flüssig, gelb, rot, braun. Eisenlack (Hilfsverfärbung). Sonstiges. Gummistücke z. Schubbesetzung. Fensterklappe. Abschleppsaie f. PKW u. LKW. Fernthermometer f. Einmachverlinoleumpflege, flüssig (freitragend und glänzend). Spielwaren und Geschenkartikel aller Art. Karl Schmalz, Calw, Badstraße 11 - Telefon 292.

Geschäfts-Eröffnung. Gebe der Einwohnerschaft von Emmingen und Umgebung hiermit zur Kenntnis, daß ich meine Herren- und Damenschneiderei eröffnet habe. Ulrich Nesselhauf, Emmingen, bei der Kirche.

Stellengesuche. Suche Stelle als Bauschlosser mit Betriebswohnung. Angebote unter C 2630 an Schw. Tagbl. Calw. Neuenbürg. Bäckergeselle, 19 Jahre alt, sucht Stellung. Angebote unter C 1608 an das Schwäbische Tagblatt Neuenbürg erbeten. Akkordeon-Spieler sucht Stellung als Einzelspieler über die Osterfeiertage. Angebote unter M 313 an Anz.-Verm. Günter Mühl, (14b) Freudenstadt.

Tausch / Geboten. Goldene Herren-Taschenuhr (585, Schweiz. Fahr., Wert 1500 Mk.); gesucht guter Klavier. Angebote unter C 1607 an Schw. Tagblatt Neuenbürg. Kinderwagen, neu, ges. Heusaltgegenstände oder Sonstiges. Angebote unter C 1612 an Schw. Tagblatt Neuenbürg. Zweirädriger Handwagen, 6 Ztr. Tragkraft, im Tausch abzugeben. Ang. u. C 1613 S. T. Neuenbürg.

Kaufgesuche. Tonverarbeitungs-Werkzeuge, Drehscheibe, Tonmühle und Tonfilter und sonstige Werkzeuge zur Tonbearbeitung gesucht. Angebote unter C 552 an Schw. Tagblatt, Agentur Wildbad. Nolenständer zu kaufen gesucht. Ziegler, Calw, Metzgerstraße 6. Gute Kinokamera mit Projektor 8 od. 16 mm gegen gute Bezahlung zu kaufen oder zu tauschen, ges. Ang. u. C 2628 an S. T. Calw. Ein Reifen, 26x2,25, von Kriegsverwehrt, d. d. Berufsverkehr dringend zu kaufen gesucht. Eventl. Tausch. Ausk. erteilt die Geschäftsstelle des Schw. Tagbl. Calw. Zwei Wolledecken zu kaufen oder tauschen gesucht. Angebote unter C 2622 an Schw. Tagblatt Calw. Sportlangegerät, Wett und sonstig. Fischereigerät, zu kauf. gesucht. Ang. u. C 2629 an S. T. Calw. Gegen Höchstpreise werden folgende Fachbücher dringend zu kaufen gesucht: „Weber's bildl. Fachunterricht zu Höchstleistungen in mod. Konditionen“, „Praktik“, Schule und Praxis, 250 Konditionen-Spezialitäten, Weber's Kekso-Maßnahmen auf Torten, Angebote u. C 2633 an S. T. Calw. Suche Motormäher, Herrens- oder Damenfahrrad im Tausch zu k. gesucht. Chr. Böhnet, Ebershardt, Kreis Calw.

Uhrmacherlehrling dringend zu kaufen oder zu leihen gesucht. Eventl. Tausch. Angebote unter C 2630 an Schw. Tagbl. Calw. Brillanzring oder Steine gegen gute Bezahlung zu kaufen od. tauschen. Angebote unter C 2627 an Schw. Tagblatt Calw.

Verschiedenes. Auto-Garage in Neuenbürg zu mieten gesucht. Angebote unter C 1609 an Schw. T. Neuenbürg. Zwölf Morgen Land mit Wohnung sofort zu verpachten. Näheres Rausser, Kalkwerk, Nagold, Telefon Nr. 339.

Heiratsanzeigen. Einheirat in Malergeschäft bietet Dame, 24 J. Einheirat in Schreiberei bietet Fräulein, 24 Jahre. Stadt. Angestellter, 29 J., kath., natur- und sportlieb., ersehnt Neig.-Ehe. Diskrete Auskünfte auch über andere Vorkommnisse erteilt gerne die Aelteste Eheanbahnung Südd. Frau Erika Holmann, Stuttgart-W., Gutenbergstraße 9, Telef. 98815.

Tiermarkt. Rind, 1/2jährig, zu verkaufen. Heu zu kaufen ges. Ausk. erteilt die Geschäftsstelle des S. T. Calw. Rind, 14 Mon. alt, verkauft Paul Maier, Gechingen, Kreis Calw. Starke Nutz- und Ferkel mit drei Wochen altem Kalkalb tauscht gegen leichtere Nutz- u. Ferkel oder hochtrachtige Kalkin. Ausk. erteilt die Geschäftsstelle S. T. Calw. Schöne Schlachtkuh tauscht gegen eine junge, trüchtige Kalkin oder Kuh, welche zum Fahren geeignet ist. Fr. Dengler, Wart, Kreis Calw. Schaffkuh geboten gegen Schlachtkuh A oder B oder Schlachtrind. Jakob Schwarz, Schönbrunn, Kreis Calw. Zwei Mutterschafe gesucht. Heu gibt ab. Angebote unter C 2618 an Schw. Tagblatt Calw. Motterschwein, z. Zucht geeignet, tauscht gegen Schlachtschwein. Ausk. Geschäftsstelle S. T. Calw. Mutterschwein (Erstling) tauscht gegen ein Läuferschwein. Joh. Schallbe, Wart, Kreis Calw. Hähn; gesucht Rammeler. Eventl. Aufzucht. Dölker, Gärtner, Monbechtal. Rothend (Rottweiler), jungen, scharfen und starken zu verkaufen. Wer, sagt die Geschäftsstelle des Schwäbischen Tagblatt Calw.